

## Kultur

### Der Klang der Wut



James Rhodes wurde im Alter von fünf Jahren unfassbare Gewalt von seinem Sportlehrer angetan. Heute ist er ein international anerkannter Pianist (Foto: © Richard Ansett / Dave Brown), der in ausverkauften Konzertsälen spielt, eine eigene Fernsehshow auf die Beine stellte und mehrere Bücher schrieb. In „Der Klang der Wut“ schildert er die Geschichte seines Missbrauchs und die seiner Selbstrettung mithilfe der Musik. **Seite 14**

## Psychologie

### Das Wunder des Placebo



Der Placeboeffekt scheint wie ein Wunder: Er macht den größten Teil der Antidepressiva-Wirkung (Foto: KFM/pixelio.de) aus, sorgt dafür, dass Empathie die Behandlungseffektivität verdoppeln kann und hilft der Wirtschaft, ihre Kunden mit ihrer Erwartungshaltung auszutricksen. Bericht von einem Psychiatrietag, der den Besuchern weite Einblicke bot. **Seite 7**

## In eigener Sache

### Im Jahr des Hahns



Das kann was werden: Am 28. Januar 2017 beginnt nach dem chinesischen Horoskop das Jahr des Hahns (Foto: Andreas Sulz/pixelio.de). „Der Hahn symbolisiert eine Zeit edler Ideale, während der sich Wortführer engagiert in Szene setzen und andere mitreißen können“, heißt es. Viel Hahn und Glück im neuen Jahr und schöne Feiertage wünschen Redaktion und Herausgeber des EPPENDORFERS all seinen Leserinnen und Lesern!

# Psychiatrie im Aufbruch

## Neue Gesetze verändern 2017 die Versorgung – und schaffen viele Verbesserungs-Möglichkeiten

**Integrative Zusammenarbeit auf vielen Ebenen und eine patientenorientierte Umgestaltung der Versorgung – selten standen die Zeichen für einen positiven Wandel der Psychiatrie zu Beginn eines neuen Jahres so gut wie 2017. Die Fachgesellschaft DGPPN, die im Oktober gemeinsam mit der World Psychiatric Association (WPA) den Weltkongress in Berlin ausrichtet, setzte bei der Eröffnung des diesjährigen Fachkongresses schon mal klare Akzente – mit einem Plädoyer für eine gemeinsame Identität und eine Medizin, die die Beziehungen des Menschen in den Mittelpunkt stellt.**

BERLIN (hin). Die Politik hat gearbeitet – jetzt steht die Selbstverwaltung in der Pflicht. Ab 2017 gilt es, neue Gesetze umzusetzen und auszugestalten, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden kann: neben dem Teilhabegesetz (s.u.) ist es vor allem das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG), das nach langen Kämpfen um die künftige stationäre Psychiatriefinanzierung endlich verabschiedet wurde – und viele neue Aufgaben für die Umsetzer bereit hält. So gibt es künftig die Möglichkeit, Behandlungen statt in der Klinik im Zuhause des Patienten durchzuführen. Die im PsychVVG vorgesehenen Vergütungsmöglichkeiten für mobile Krisen-

teams und Hometreatment-Anreize seien „ein grandioser Fortschritt“, der die psychiatrische Behandlung in ganz Deutschland „elementar verändern wird“, ist Prof. Jürgen Gallinat, Ärztlicher Direktor der Universitätspsychiatrie Hamburg-Eppendorf, überzeugt. Dort sollen bereits 2017 auch Patienten in akuten Krisen mit mobilen Klinikteams besucht werden. Weitere Innovationen bringt für Hamburg, aber auch Itzehoe das „Modell der sektorenübergreifend koordinierten, schweregrad-gestufteten Versorgung psychischer Erkrankungen“ (RECOVER, der EPPENDORFER berichtete), das aus Mitteln des so genannten Innovationsfonds des Bundes finanziert wird. In diesem Topf stehen 2016 bis 2019 jeweils 300 Millionen Euro für Innovationen im Gesundheitsbereich bereit. Und es könnten noch Förderanträge für weitere Projekte eingereicht werden, machte Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz beim DGPPN-Kongress deutlich. Der jetzige Psych VVG-Beschluss sei „ein Ergebnis, das sich sehen lassen“ könne, meint sie. Und hob u.a. hervor, dass regionale Besonderheiten einfließen können und die Behandlung schwer kranker Patienten besser bezahlt werden solle.

Hauptknackpunkt bleibt indes die Personalausstattung. Der Gemeinsame Bundesausschuss wurde beauftragt, bis zum 30. September 2019 verbindliche Personalvorgaben für eine leitlinienorientierte Versorgung in den Kliniken zu beschließen. Bereits ab 1. August 2017



Die Idee war auf einem DGPPN-Kongress geboren worden, auf dem diesjährigen Kongress präsentierte der Psychiatrie-Verlag das Buch „Rundum ambulant“ gemeinsam mit der Präsidentin Dr. Iris Hauth (s.a. Seite 4). **Foto: Kieser**

müssen die Kliniken gegenüber den Krankenkassen nachweisen, ob und wie sie die Psych-PV und ihre Nachfolgeregelungen eingehalten haben bzw. ob sie die für Psychiatrie-Personal verhandelten Gelder auch vollständig für diesen Zweck verwendet haben. Weiterhin als problematisch sieht die Fachgesellschaft DGPPN die nicht verbindliche Ausfinanzierung des Personals.

Kritik gibt es aber auch von anderer Seite: Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken (BDPK) sieht mit ver-

bindlichen Personalvorgaben „die Versorgungssicherheit psychisch Kranker gefährdet“. Und verweist dabei u.a. auf den Fachkräftemangel. Schon heute hätten zwei Drittel aller psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäuser Probleme, offene Arztstellen zu besetzen, ein Drittel könne offene Stellen in der Pflege nicht füllen. Wenn es keine Fachkräfte gebe, „haben die Kliniken gar keine andere Chance, als ihre Kapazitäten zur Behandlung psychisch kranker Menschen zu reduzieren und die Patien-

ten auf die Warteliste zu setzen“, so Thomas Bublitz, Hauptgeschäftsführer des Verbandes.

Veränderungen wird es 2017 auch im ambulanten Bereich geben, der u.a. durch lange Wartezeiten auf Psychotherapie geprägt ist. Abhilfe soll eine Veränderung der Psychotherapie-Richtlinie bringen, die ab April angewendet wird. Künftig müssen Psychotherapeuten mindestens 100 Minuten pro Woche Sprechstundentermine anbieten. Damit sind kurzfristig Termine von 25 oder 50 Minuten möglich, in denen Patienten eine erste Beratung bekommen und erfahren, ob bei ihnen Selbsthilfe- oder Beratungsangebote ausreichen, ob sie psychisch erkrankt sind und welche Behandlung sie benötigen oder ob weitere diagnostische Abklärungen erforderlich sind. Zudem sind künftig kürzere Akutbehandlungen ohne Gutachten möglich.

Auch in personeller Hinsicht beginnt 2017 eine neue Ära, zumindest bei der DGPPN: Ende Dezember endet die „Regentschaft“ der ersten Frau an der Spitze des Fachverbands: Dann wird Dr. Iris Hauth zum „Past President“. Der Nachfolger wurde bereits gewählt: 2017/18 steht Prof. Arno Deister aus Itzehoe an der Spitze der Gesellschaft. Auf dem „Erfinder“ des Regionalbudgets ruht nicht zuletzt die Hoffnung, dass er die verschiedensten Bereiche und z.B. auch die Niedergelassenen und die Sozialpsychiatrie weiter integriert mit dem Ziel, als Psychiatrie mit einer Stimme aufzutreten.

## Protesterfolg: Fast 70 Änderungen

### Bundestag beschließt Bundesteilhabegesetz

BERLIN (rd). Die Proteste hatten Erfolg: Kurz vor der geplanten Verabschiedung der Reform der Behindertenhilfe am 1. Dezember im Bundestag hatte sich die Große Koalition doch noch auf fast 70 Änderungen im Bundesteilhabegesetz verständigt.

So wurde die Regelung verhindert, dass nur behinderte Menschen, die in fünf von neun Lebensbereichen eingeschränkt sind, Eingliederungshilfe bekommen sollten. Bis 2023 soll jetzt

festgelegt werden, welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit Menschen mit Behinderungen Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Außerdem können Leistungen der Eingliederungshilfe und Pflegeversicherung weiterhin nebeneinander bezogen werden.

Um Ausgaben zu sparen, können die Kommunen einen Assistenten für mehrere behinderte Menschen einsetzen (so genanntes „Poolen“). Die Koalition nahm aber die Regelung zurück, wo-

nach das auch in der eigenen Wohnung gelten sollte. Das hätte dazu führen können, dass Behinderte ins Heim hätten ziehen müssen. Ambulantes Wohnen hat Vorrang, wenn der behinderte Mensch es will, er hat aber keinen Rechtsanspruch darauf.

Nach Redaktionsschluss, am 16. Dezember, wurde das Gesetz noch abschließend im Bundesrat beraten. Es soll im Januar in Kraft treten.

**Siehe auch Seite 2**

## AUS DEM INHALT

KONGRESS		BREMEN	
Die DGPPN rief – und 9000 tagten wieder mit	S. 3 & 4	Kontroverse Diskussion zur Psychiatriereform	S. 16
THERAPIE		VERSORGUNG	
Die Renaissance der Elektrokonvulsionstherapie	S. 6	Ärzte wissen zu wenig über Autisten	S. 19
KINDER & JUGENDLICHE		LIEBE & SEXUALITÄT	
Stärke statt Macht: die Methoden der Neuen Autorität	S. 8	Wie Einrichtungen ihren Klienten helfen können	S. 21
KULTUR		SUCHT	
Peter Suhrkamp, der Krieg und „das Irrenhaus“	S. 13	Dostojewski und seine Spielsucht	S. 22

# Am Ende „nur eine Garage“?

■ Teilhabegesetz verabschiedet – Skepsis bleibt

**Behindertenvertreter aus der ganzen Republik waren angereist, um bei der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes dabei zu sein. Ihre Proteste hatten die Koalition zu zahlreichen Änderungen am Gesetz gezwungen. Die Opposition bleibt skeptisch.**

BERLIN (epd). Die Zuschauertribüne war voll besetzt, als der Bundestag in Berlin mit den Stimmen der Koalition das neue Bundesteilhabegesetz verabschiedet hat. In der lebhaften Debatte vor der Abstimmung sprach Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) von einem wichtigen Schritt auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft. Demgegenüber hielt die Opposition der Koalition vor, nur durch die Proteste der Behindertenbewegung seien neue Härten für behinderte Menschen abgewendet worden. Die Linke stimmte gegen das Gesetz, die Grünen enthielten sich.

Das neue Gesetz war in Nahles' Ministerium unter Beteiligung der Verbände und Selbsthilfeorganisationen

vorbereitet worden. Umso größer war die Enttäuschung, als der Entwurf vorlag. Etliche Regelungen hätten zu Verschlechterungen geführt.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt bescheinigte der Koalition zwar eine ernsthafte Beratung der Reform, erklärte aber zugleich, die hohen Erwartungen der behinderten Menschen seien enttäuscht worden. Sie verglich das Bundesteilhabegesetz mit einem Hausbau, bei dem es am Ende nur zu einer Garage gereicht habe. Noch immer könnten Menschen aus Kostengründen gezwungen werden, ins Heim zu ziehen. Von Freiheit und Autonomie könne da keine Rede sein.

Der Fraktionschef der Linken, Dietmar Bartsch, warf der Bundesregierung vor, das Recht auf Teilhabe nicht umgesetzt zu haben: „Teilhabe ist eine menschenrechtliche Verpflichtung“, die die Koalition aus Kostengründen nicht erfüllt, bilanzierte Bartsch. Die Menschen mit Behinderungen seien auf die Straße gegangen, „weil sie sich betrogen fühlen“.

Das neue Bundesteilhabegesetz ordnet die Assistenzleistungen für behinderte Menschen künftig dem Behindertenrecht und nicht mehr der Sozialhilfe zu. Es soll ihre Teilhabe und Autonomie verbessern und dazu beitragen, die UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht umzusetzen. Aus der Eingliederungshilfe werden beispielsweise Fahrdienste, Assistenzleistungen, Ausgaben für Blindenhunde oder Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen finan-

ziert. Im Einzelnen verbessert das Gesetz die finanzielle Situation berufstätiger behinderter Menschen. Sie können nun deutlich höhere Ersparnisse behalten und auch mehr von ihrem Einkommen. Einkünfte von Ehepartnern werden nicht mehr auf die Eingliederungshilfe angerechnet. Bisher führen die Anrechnungsregelungen zu großen Härten und stellen Behinderte teilweise schlechter als Hartz-IV-Empfänger. Für behinderte Menschen, die in Werkstätten arbeiten, verdoppelt sich das Arbeitsförderungsgeld. Das neue Gesetz sieht außerdem Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber vor, die Behinderte einstellen.

Die Beantragung von Leistungen soll einfacher und die Beratung verbessert werden. Verschieben wurde indes das Vorhaben, die Voraussetzungen für die Leistungen neu zu bestimmen, nachdem Behindertenverbände massiv gegen drohende Leistungsausschlüsse durch die „Fünf von Neun“-Regelung protestiert hatten. Der Bund erhöht seine Aufwendungen für die Behindertenhilfe um rund 800 Millionen Euro im Jahr bei gegenwärtigen Gesamtausgaben in Höhe von 17 Milliarden Euro, die von den Ländern bzw. den Kommunen getragen werden. Rund 700.000 Menschen erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe.

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, erklärte, das Gesetz biete eine Basis für die weitere Arbeit. Es seien Verbesserungen erreicht worden, doch gebe es noch zu viel Spielraum für die Kostenträger, Leistungen zu verweigern.

## Meldungen

### Zustimmung für Demenzforschung

BERLIN (rd). In Deutschland werden künftig Medikamententests an Patienten mit Demenz erlaubt sein, auch wenn diese davon keinen direkten Nutzen haben und sie nicht mehr selbst einwilligen können. Der umstrittenen Neuregelung des Arzneimittelgesetzes, die die so genannte gemeinnützige Forschung von Demenzerkrankungen erlaubt, hat der Bundestag mehrheitlich zugestimmt. Bedingung ist aber, dass die Betroffenen zuvor im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte ihre schriftliche Zustimmung gegeben haben. Für die Abstimmung war der Fraktionszwang aufgehoben worden.

### Traumaambulanz eröffnet

LÜBECK (rd). Das Zentrum für Integrative Psychiatrie (ZIP gGmbH) am Campus Lübeck des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) hat eine neue Traumaambulanz mit Schwerpunkt „Flucht und Migration“ eröffnet. Die Trauma-Ambulanz arbeitete bereits seit Oktober 2015 – aber zunächst dezentral in allen Häusern des Ambulanzentrums. Jetzt stehen ihr zwölf eigene Behandlungsräume auf 500 Quadratmetern zur Verfügung. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres wurden in der ZIP gGmbH Lübeck insgesamt 242 Geflüchtete ambulant und 27 stationär behandelt. Die häufigsten Diagnosen betreffen Reaktionen auf schwere Belastung und Anpassungsstörungen sowie Depressive Episoden.

### Vivantes setzt auf Suchtbehandlung

BERLIN (rd). Das kommunale Berliner Klinikunternehmen Vivantes hat seine psychiatrischen Versorgungsangebote am Humboldt-Klinikum und in Spandau (Gesamtleitung: Prof. Peter Bräunig) völlig neu strukturiert sowie drei Chefarztstellen neu besetzt. Es gibt jetzt in beiden Häusern je eine neue Klinik für Suchtmedizin sowie eine neue Klinik für Gerontopsychiatrie. Speziell ist ein neues Angebot am Vivantes Zentrum für Seelische Frauengesundheit am Humboldt-Klinikum. Seit der Gründung des Zentrums unter Leitung von Chefärztin Prof. Stephanie Krüger sei die Zahl der Suchtpatientinnen um rund 40 Prozent gestiegen. Daher bietet das Zentrum jetzt eine ärztliche und psychologische Spezialsprechstunde für Frauen mit Alkohol- und/oder Medikamentenabhängigkeit an.

### Niedersachsen erhält Pflegekammer

HANNOVER (rd). Nach langem Streit erhält Niedersachsen nach Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein als drittes Bundesland eine berufsständische Pflegekammer. Der Landtag in Hannover hat mit den Stimmen der rot-grünen Koalition ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Der Kammer sollen alle rund 70.000 examinierten Pflegekräfte im Land obligatorisch angehören. CDU und FDP stimmten gegen die Pflegekammer. Kritik kam auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund und aus der Bundesratsfraktion der Linken.

## Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

## Das Nadelöhr

Manche erinnern sich vielleicht an die Ost-Rentner und ihren sozialen Status. Weil sie in den Westen reisen durften waren ihre Enkel ausnehmend freundlich zu ihnen. Die Alten waren wichtig, und man musste nett zu ihnen sein. Mit Einkaufslisten ausgestattet, beschafften sie die begehrten Westprodukte und wurden bei ihrer Rückkehr samt Mitbringsel freudig von ihren Ost-Enkeln in Empfang genommen. Vielleicht sollte man kurz innehalten und für einen kleinen Moment ihrer gedenken. Denn mit der Wende war es vorbei mit dem Sonderstatus und Omi und Opi kehrten zurück ins schnöde Altenheim nach Treptow-Köpenick oder nach Finsterwalde.

Es gibt einige wenige Aktivitäten, bei denen wir Pensionäre noch immer ganz nützlich sind. Wir haben keinen vollge-

knallten Terminkalender, wenn man von der Physiotherapie und den Arztterminen einmal absieht. Wir können demonstrieren gehen! Es ist nämlich so, dass in der Sozial-Branche viele nicht mehr so einfach an einem Werktag ihren Schreibtisch verlassen können, um sich vor dem Reichstag die Beine in den Bauch zu stehen. Selbst zu den PEPP-Demonstrationen – an jedem 1. Freitag des Monats um 15 Uhr – kamen viele zu spät oder schafften es überhaupt nicht. Aber wir Pensionäre waren pünktlich vor dem Ministerium. Man weiß ja, wie es ausgegangen ist. „PEPP ist weg“, genau wie wir es lautstark gefordert haben.

Wir waren also zur Stelle, als an einem ecklig kalten und feuchten Montag im November um 13 Uhr vor dem Paul-Löbe-Haus gegen den Entwurf des Bundesteilhabegesetzes demonstriert werden musste. Vorab waren die wichtigen Forderungen im passenden Format herumgeschickt worden, sodass die behinderten und nichtbehinderten Beschäftigten aus den technisch gut ausgestatteten Zuverdienstprojekten die wasserfest laminierten Slogans vor der Brust halten konnten.

Uwe Brohl-Zubert von „die reha e.V.“ hatte das berühmte „Blaue Kamel“ aus dem Stall geholt, und wir führten es auf den Festplatz. Dort hatte bereits eine prima Band ihren Soundcheck hinter sich. Die Reden waren kurz und prägnant, und die „Illusions“ halfen mit ihren Songs gegen die Kälte anzuhüpfen. Wir hatten unser großes DGSP-Banner von der Jahrestagung reaktiviert, und meine Aufgabe war es, mit Hilfe einer schlichten Strippe das Wegwehen zu verhindern. Dann wurden Transparente und Thermosfla-

schen eingepackt, und der ganze Tross wanderte zum Brandenburger Tor, um sich dort mit den von der Lebenshilfe bundesweit mobilisierten Menschenmassen zu vereinigen. Auf dem Weg dorthin mussten wir vor dem Reichstag innehalten. Eine einsame Dame mit Mikro und riesigem Transparent machte uns darauf aufmerksam, dass jener Staat gar nicht existiert, von dem wir bessere Teilhabe verlangen. Sie machte das nicht schlecht, hatte sich



Das „Blaue Kamel“ und der emeritierte Professor Michael Regus. Foto: ils

sogar ein wenig in einfacher Sprache geübt und verwirrte die vielen Menschen mit Behinderung und Teilhabebedarf. „Es gibt gar keine Bundesrepublik! So geht es schon mal los. Da könnt ihr noch so viel demonstrieren“. Wir ließen uns dann doch nur kurz aufhalten und hörten vor dem Brandenburger Tor dem vertrauten rheinischen Singsang der 1. Vorsitzenden der Lebenshilfe und Vize-Präsidentin des Deutschen Bundestags, Ulla Schmidt, zu.

Und wie ist es ausgegangen? Auf dem DGPPN-Kongress war vom zuständigen Referenten Rolf Schmachtenberg zu erfahren, dass die bei der Demo monierten Punkte im letzten Entwurf des BTHG ausgeräumt seien. Upps! Natürlich bleiben wir skeptisch und warten die abschließenden Sitzungen im Dezember ab. Wenn Sie diesen Weihnachtsbrief lesen, dann wissen Sie bereits, ob es mit der Bescherung geklappt hat. Fazit: Ein blaues Kamel geht durch ein Nadelöhr. Und: Pensionisten kann man kaufen.

Ilse Eichenbrenner

### Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

## IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA  
Vitanas Sozialpsychiatrisches  
Centrum Koog-Haus  
Eppendorfer  
Koogstraße 32  
25541 Brunsbüttel  
Telefon: (04852) 96 50-0  
Telefax: (04852) 96 50-65  
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:

Andreas Mezler  
Vitanas Gruppe  
Michael Dieckmann  
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)  
Internet: www.eppendorfer.de  
www.kooghaus.de  
www.vitanas.de  
www.ameos.eu

Redaktionsleitung,

Layout und Satz  
Anke Hinrichs (hin)  
Redaktionsbüro NORDWORT  
Große Brunnenstr. 137  
22763 Hamburg  
Tel.: 040 / 41358524  
Fax: 040 / 41358528  
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Wolf-Robert Danehl, Sönke Dwenger,  
Ilse Eichenbrenner, Michael  
Freitag (frg), Ingrid Hilgers (hil),  
Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers,  
Martina de Ridder, Dr. Heidrun  
Riehl-Halen (hrh), Erken Schröder,  
(rd) steht für Redaktion,  
Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2016.  
Der Eppendorfer erscheint zehnmal  
im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.  
Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Fotos wird  
keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

# Auf der Suche nach Identität

■ DGPPN-Kongress: Jahresbilanz der Präsidentin – Standing ovations für Beziehungsmedizin

Vier Tage, 9000 Teilnehmer und 600 Veranstaltungen – Europas größter Psychiatriekongress der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) war einmal mehr die gewohnte Mammutveranstaltung. Er stand aber auch im Zeichen umfassender neuer Entwicklungen. Mit der Umsetzung aktueller Gesetzesänderungen kommen viele Herausforderungen auf das Fach und den Verband zu, der zudem Mitorganisator des großen Weltkongresses ist, der im Oktober 2017 den DGPPN-Kongress im November ersetzt. Zeit, die eigene Position zu reflektieren und eine gemeinsame Identität auszurichten. Nicht so leicht angesichts der sehr differenzierten Aufstellung eines Fachs im Spannungsfeld zwischen Natur- und Geisteswissenschaft. Als Brückenbauer und Identitätsstifter war der Philosoph Thomas Fuchs geladen. Sein Eröffnungsvortrag geriet zu einem berührenden Plädoyer für eine Beziehungsmedizin. Damit traf der Karl Jaspers-Professor für Philosophische Grundlagen der Psychiatrie und Psychotherapie aus Heidelberg offensichtlich den Zeitgeist – und erntete langen Applaus und Standing ovations.

BERLIN (hin). Der Kongress im Vorjahr stand noch ganz im Zeichen des Kampfs gegen die alte Version eines neuen Finanzierungssystem für psychiatrische Kliniken namens PEPP. Der gemeinsame Protest von 20 verschiedenen Fachgesellschaften war durchschlagend: Es sei noch nie passiert, dass ein Gesetz so grundlegend geändert worden sei, sagte die DGPPN-Präsidentin Dr. Iris Hauth. Möglich wurde dies auch mit Hilfe eines „strukturierten Dialogs“ zwischen Ministerium und Fachleuten, den Hauth gern fortsetzen würde, wie sie im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung deutlich machte.

Die Krankenhausfinanzierung, jetzt PsychVVG genannt (s.a. Seite 1), war nicht die einzige Kuh, die die Große



Begeisterte: Prof. Thomas Fuchs. Fotos (2): DGPPN (Claudia Burger)

Koalition vom Eis bekam. Über ein Dutzend Gesetze seien in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht worden, so Hauth. Wie zum Beweis für die ministerielle Aktivität kam der eigentlich erwartete Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) nicht zur Eröffnung. Nicht, dass er er nicht gewollt

hätte. Sondern weil er arbeiten musste, wie seine Vertreterin, Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz, erklärte: Am Tag der Eröffnung fand die Generaldebatte über den Haushalt 2017 im Bundestag statt – ein Pflichttermin.

In ihrer Eröffnungsrede entfaltete Hauth einen traditionellen Rundumschlag zur Lage der Psychiatrie in Deutschland. Vom Bedarf an barrierefreiem Zugang für Migranten über Stress am Arbeitsplatz bis zum aktuellen Thema e-health. Hier gebe es inzwischen nicht nur ein teils unübersichtliches Angebot – von Prävention über online-Therapie bis Rückfallprävention. Zur Evidenz gebe es vor allem für Depressionen und Angsterkrankungen eine solide Studienbasis. Aber: „Es fehlen einheitliche Qualitätsstandards“, so Hauth.

Weiteres Thema: Demenz. Bis 2060 werde mit einer Verdoppelung der Erkrankungszahlen gerechnet. Es gebe zwar viel Forschung, aber Mankos in der Behandlung, etwa zuviel Vergabe an Antipsychotika, zu wenig an Antidementiva, bemängelte sie.

Der psychiatrische Hilfebedarf sei insgesamt mehr geworden. Im neuen PsychVVG sei „viele in unserem Sinn verändert worden“. Jetzt sei die Begleitung der Umsetzung wesentlich. Insbesondere mit Blick auf das Thema Personalausstattung, auf transparente Leistungsbeschreibung und eine Bürokratie, die nicht überhand nehmen dürfe. Die ambulante Versorgung sei derzeit durch ein Stadt-Land-Gefälle geprägt, es gebe ganze Landstriche fast ohne Psychiater, so Hauth, die eine bessere Vergütung als bislang 50 Euro pro Quartal und Fall für Gesprächsleistungen niedergelassener Fachärzte forderte.

In der Wissenschaft sei die neurowissenschaftliche Grundlagenforschung gut aufgestellt. Bei der Übersetzung, der Translation in Pharmako- und Psycho-



Das Tagungsgebäude von innen.

therapie sowie in der Versorgungsforschung sei „noch Luft nach oben“. Die Präsidentin forderte eine nachhaltigere, entfristete Forschungsförderung.

Das Fach sei sehr differenziert geworden und breit aufgestellt – von Neurowissenschaften über die Gerontopsychiatrie bis Psychotherapie. Um so entscheidender sei die Definition einer Identität und eine Demonstration dieser nach außen.

## Resultate der Hirnforschung „ernüchternd“

Als Identitätscoach geladen war mit dem Heidelberger Psychiater, Medizinhistoriker und Philosophen Thomas Fuchs „einer der profiliertesten Vertreter der Neurophilosophie“. Fuchs war 2010 zum Karl Jaspers-Professor für Philosophische Grundlagen ernannt worden. Titel seines Eröffnungsvortrags: „Zwischen Psyche und Gehirn – Überlegungen zur Standortbestimmung der Psychiatrie“. Darin relativierte Fuchs

eingangs die Fortschritte der Hirnforschung. Diese seien zwar besonders, dabei nannte er: Identifikation von an Störungen beteiligten Hirnfunktionen, epigenetische Zusammenhänge und die Erkenntnisse der Neuroplastizität und der steten Veränderbarkeit des Gehirns. Und doch seien die Resultate der Hirnforschung ernüchternd, denn es gebe „kaum klinisch relevante Ergebnisse“. Abgesehen von Alzheimer könnten mit apparativen Untersuchungen oder Biomarkern auch keine verlässlichen Diagnosen gestellt werden.

Die amerikanische Schizophrenieforscherin Nancy Andreasen spreche derweil schon vom Niedergang der psychopathologischen Expertise. Es bestehe die Gefahr, dass sich die wissenschaftliche Psychiatrie immer weiter von der Versorgung entferne, so Fuchs. Er bezweifelte, dass es Aussichten auf „bahnbrechende Fortschritte“ gebe und verwies dabei auf die Industrie, die sich zum Großteil aus der pharmazeutischen Forschung zurückgezogen habe.

„Verlieren wir vor immer genauerem hingucken das Phänomen aus dem Blick?“ fragte der Philosoph. Und wies darauf hin, dass das biomedizinische

Konzept, psychische Krankheiten zu reinen Gehirnkrankheiten zu machen, nicht zur Entstigmatisierung beigetragen – sondern im Gegenteil die Ängste vor schizophren erkrankten Menschen sogar verstärkt habe (siehe Schomerus u.a.).

Die Ursachen psychischer Erkrankungen allein mit einem „Ungleichgewicht in der Biochemie der Zellen“ (Holsboer 2011) zu erklären entspreche einer „Psychiatrie ohne Psyche“, kritisierte Fuchs. Seine Gegenposition: „Die Abweichung des Hirnstoffwechsels sagt nichts über die Ursache einer Störung“ aus. Die subjektive Bewertung einer bedrohlichen Situation sei nicht in der Amygdala zu finden. Komplexe Ursachen von Krankheiten seien nicht ohne das Erleben des Patienten zu begreifen. Dessen Selbstwirksamkeit und Selbsterleben oder auch negative Denkmuster seien entscheidend für den Krankheitsverlauf. Fuchs kritisierte ferner, dass Tierversuche zur Epigenetik einfach auf Menschen übertragen würden. Dabei hänge es von subjektiver Wahrnehmung ab, ob ein Stress bei dem einen auf Resilienz stoße und bei dem anderen traumatisch wirke. Es gebe keine direkte Wirkung von Umwelterfahrungen auf das Gehirn. Bloße Datenströme hätten keine Bedeutung ohne Subjekte, für die Bedeutsamkeit und Sinn erst entstehen.

Wenn Psychotherapie Strukturen verändere, dann geschehe dies nur durch das Teilen von Gefühlen, Worten und Gedanken – das sei das Heilende, das Therapie ausmache. Fuchs sprach vom „Gehirn als Vermittlungs- und Beziehungsorgan für übergreifende Interaktionsprozesse“. Die Analyse von Genen und Neuronen seien nur „Teilstücke“. Auch Bildgebung liefere nur eine Visualisierung von Teilfunktionen – vergleichbar mit dem Grad der Sauerstoffsättigung zur Beurteilung der Lungenfunktion.

Dem Konzept eines biopsychosozialen Modells stellte er schließlich ein Konzept dynamischer Kreisprozesse gegenüber, bei dem sich Prozess und Struktur wechselseitig beeinflussen und Behandlungen an verschiedenen Ebenen ansetzen würden.

Fazit: Die Beziehung zum Patienten zum Ausgangspunkt jeder Behandlung zu machen, darin liege der eigentliche Reichtum und das Fundament des Fachs. Damit könne die Psychiatrie Vorreiter für andere Fächer sein. Fuchs sprach von einer „zutiefst humanen Identität“. Primärer Gegenstand sei dabei nicht das Gehirn, „sondern der Mensch in seinen Beziehungen“.

## Kompass für Teilhabe

BERLIN (rd). Für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen ist es oft schwierig, einen regulären Arbeitsplatz zu finden. Ein neuer „Teilhabe-Kompass“, der auf dem Kongress vorgestellt wurde, soll nun helfen. Er bietet erstmals einen Überblick über die Angebote der beruflichen Rehabilitation und richtet sich an alle Ärzte und Therapeuten, die erwachsene Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen behandeln. Berücksichtigt sind dabei alle regelfinanzierten Leistungsanbieter und Maßnahmen nach dem neunten Sozialgesetzbuch. Praktische Fallbeispiele sollen die Orientierung erleichtern.

Der Teilhabe-Kompass steht als Broschüre zur Verfügung, zusätzlich wurde auf [www.teilhabe-kompass.de](http://www.teilhabe-kompass.de) ein neues Internetportal aufgebaut.

## Viele viele Preise ...

■ Antistigma- und Forschungsprojekte ausgezeichnet

BERLIN (rd). Die Wilhelm-Griesinger-Medaille für sein Lebenswerk erhielt Prof. Dr. med. Dr. phil. Dr. h.c. mult. Norman Sartorius als „einer der herausragendsten und einflussreichsten Psychiater unserer Zeit“. In Münster geboren, studierte Sartorius in Zagreb (Kroatien), um anschließend (fast) überall auf der Welt zu arbeiten. Von 1967 bis heute ist er für die WHO aktiv. Neben mehr als 300 Veröffentlichungen hat er diverse Dokortitel vorzuweisen und spricht und schreibt sechs Sprachen! Als Sonderbeauftragter berät er die DGPPN bei der Ausrichtung des Weltkongresses.

Hauptpreisträger des mit 5000 Euro dotierten Antistigma-Preises ist die Initiative Sonnenkinder aus Bonn, die Kinder von psychisch erkrankten Eltern mit sportlichen und pädagogischen Angeboten im Alltag unterstützt. Die Hälfte der „Sonnenkinder“ hat einen Migrations-

hintergrund und häufig keine Ansprechpartner außerhalb der Familie. Zentraler Bestandteil des Projekts sind auch regelmäßige Elternnachmittage.

Zweiter Preisträger ist der Verein Freunde fürs Leben, der sich seit 2001 im Bereich der Suizidprävention für Jugendliche und junge Erwachsene engagiert. Das Preisgeld in Höhe von 3000 Euro soll weitere kreative und jugendliche Projekte, Kampagnen und Flashmob-Aktionen wie „600 Leben“ ermöglichen. Ein dritter Antistigma-Preis ging an die Autismus-Forschungs-Kooperation (AFK) an der Freien Universität Berlin, die 2000 Euro erhielt. Sie sei „ein bundesweit einzigartiger Zusammenschluss“ von autistischen Menschen und Wissenschaftlern aus den Gebieten Psychologie, Psychiatrie und den Neurowissenschaften. In der AFK erforschen Betroffene selbst mit welchen Vorurtei-

len autistische Menschen im Alltag in Berührung kommen und wie sich das auf ihre Erkrankung auswirkt.

Der DGPPN-Forschungspreis zur Anerkennung innovativer Psychopharmakotherapieforschung ging an Prof. Dr. med. Thomas G. Schulze, München, für den Aufbau „des bisher größten internationalen Konsortiums (Consortium on Lithium Genetics – ConLiGen) zur Untersuchung der Response auf die Lithiumtherapie bei bipolaren Störungen“. Weitere Forschungspreise wurden für eine große Depressions-Datensätze auswertende „Machine-learning-Statistik“ (Prof. Dr. med. Dr. rer. nat. Danilo Bzdok, Aachen) sowie für eine integrative Untersuchung der Funktionen des gesunden und erkrankten Gehirns im Rahmen von sozialer Interaktionen (PD Dr. med. Leonhard Schilbach, München) verliehen.

## Das Handbuch

BERLIN (rd). Wo steht das Fach Psychiatrie und Psychotherapie heute? Dem geht das zum Kongress präzentierte neue Handbuch der DGPPN nach, das den gleichen Titel wie der diesjährige Kongress trägt: „Psyche Mensch Gesellschaft“. Iris Hauth, Peter Falkai und Arno Deister haben als Herausgeber „vieltimmige Beiträge“ von führenden Psychiatern, Wissenschaftlern, Betroffenen und Angehörigen gesammelt, die zentrale Herausforderungen analysieren, aktuelle Entwicklungen hinterfragen und neueste Trends erläutern, wie es in der Ankündigung heißt.

Iris Hauth (Hrsg.), Peter Falkai (Hrsg.), Arno Deister (Hrsg.): „Psyche Mensch Gesellschaft, Psychiatrie und Psychotherapie in Deutschland: Forschung, Versorgung, Teilhabe“, 228 S., ISBN: 978-3-95466-285-2, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft Berlin: 2016, 49,95 Euro.